

Amt für Personalentwicklung und -verwaltung  
0493/IX

**Gremium:** Haupt-, Finanz- und öffentlich  
Beschwerdeausschuss  
**Sitzung am:** 18.06.2026

### **Ausbildungsplätze 2027**

#### **Sachverhalt:**

Derzeit befinden sich 42 Personen bei der Stadtverwaltung in der Ausbildung (acht Stadtinspektoranwälter/innen, sechs Verwaltungsfachangestellte, drei Fachinformatiker, neun Erzieher/innen, zwölf Notfallsanitäter/innen und vier Brandmeisteranwälter/innen); davon beenden voraussichtlich zwei Stadtinspektoranwälter/innen, zwei Verwaltungsfachangestellte, drei Erzieher/innen, vier Brandmeisteranwälter/innen und vier Notfallsanitäter/innen in diesem Jahr erfolgreich die Ausbildung. Das Ziel ist die Übernahme aller Auszubildenden nach dem erfolgreichen Ausbildungsabschluss in ein unbefristetes bzw. in Abhängigkeit von den Stellenkapazitäten in ein zunächst auf ein Jahr befristetes Beschäftigungsverhältnis.

Ab August/September 2026 beginnen nach derzeitigem Stand weitere sechzehn Ausbildungskräfte ihre Ausbildungen (ein/e Stadtinspektoranwalt/in, fünf Verwaltungsfachangestellte, sechs Erzieher/innen und vier Notfallsanitäter/innen).

Im Rahmen einer vorausschauenden Personalplanung wurde sowohl die Anzahl der in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten berücksichtigt als auch den Belangen der Kreisstadt Siegburg als attraktiver Ausbildungsbetrieb und Arbeitgeber Rechnung getragen. Vor dem Hintergrund der sich weiter verschärfenden Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften ist es sinnvoll, potenzielle Nachwuchskräfte selbst auszubilden. Dies hat nicht zuletzt finanzielle Aspekte. Bereits während der Ausbildung kann beispielsweise auf die Produktivität der Auszubildenden zurückgegriffen werden. Eine geringere Fluktuation durch eine höhere Mitarbeiterbindung sorgt außerdem für eine positivere Außenwirkung und reduziert die Kosten für die Akquise. Neue Kräfte einzuarbeiten und entsprechend zu qualifizieren ist auch mit einem höheren zeitlichen Aufwand verbunden. Innerbetriebliche Auszubildende sind nach dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung sofort einsatzfähig, da sie bereits in die Strukturen und Prozesse der Verwaltung eingearbeitet sind. Zudem lassen sich Motivation und Eignung der Nachwuchskräfte während der Ausbildung besser überprüfen, sodass Fehlbesetzungen deutlich weniger auftreten als bei der Einstellung externer Kräfte. Junge Nachwuchskräfte bringen nicht zuletzt auch neue Impulse und Ideen mit in die Verwaltung. Gerade in Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung sollte das Potential dieser Generation für die Organisation genutzt werden.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, für 2027 folgende Anzahl an Plätzen für die verschiedenen Ausbildungsgänge einzurichten:

- einen Bachelor of Laws (Stadtinspektoranwalt/in) - Fachrichtung Allgemeine Verwaltung
- einen Bachelor of Arts (Stadtinspektoranwalt/in) - Fachrichtung Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre
- einen Bachelor of Arts (Stadtinspektoranwalt/in) - Fachrichtung Verwaltungsinformatik
- drei Verwaltungsfachangestellte
- sechs Erzieher/innen und

- vier Notfallsanitäter/innen

Auf das Angebot von Berufspraktikanten-Plätzen für das Anerkennungsjahr als Erzieher/in wurde aufgrund der geringen Nachfrage und Bewerberzahl erneut verzichtet. Hierfür wurden die Ausbildungsplatzzahlen für die praxisintegrierte Ausbildung zum/zur Erzieher/in entsprechend erhöht. Unter Berücksichtigung der Stellenkapazitäten bei den Fachinformatikern/innen für Systemintegration und der sich derzeit noch in Ausbildung befindlichen Auszubildenden wurde zudem entschieden, die Ausbildung für ein weiteres Jahr zu pausieren. Ebenso wird aufgrund einer guten Besetzung in diesem Jahr erneut kein Bedarf an der Ausbildung von Mediengestaltern/innen gesehen.

Voraussetzung für die Besetzung der Ausbildungsplätze ist eine entsprechende Qualität der Bewerbungen. Anhand der schriftlichen Bewerbung und einem kognitiven Eignungstest erfolgt die Auswahl, welche Bewerber/innen zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden. Ausschlaggebend für eine Zu- oder Absage ist neben den formalen Voraussetzungen und dem Ergebnis des Eignungstests auch der Gesamteindruck während des Auswahlprozesses. Die Verwaltung behält sich vor, Ausbildungsplätze mangels qualitativ hinreichender Bewerbungen nicht zu besetzen sowie je nach Bewerberlage Verschiebungen innerhalb der Ausbildungszahlen vorzunehmen, um im Falle der Nichtbesetzung von Ausbildungsplätzen geeignete Bewerber/innen in den anderen Ausbildungsgängen zusätzlich berücksichtigen zu können.

### **finanzielle Auswirkungen:**

Es entstehen Kosten in Höhe der Ausbildungsvergütungen sowie der Personalnebenkosten. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen ergibt sich aus den einschlägigen Tarifwerken bzw. dem Beamtenrecht. Hierzu gehören u.a.:

1. Ausbildungsentgelt
2. ggf. tarifliche Zulagen
3. Personenbezogene Sachkosten, z.B.:
  - a. Reisekosten
  - b. Untersuchungen nach Vorgaben des Unfallversicherungsträgers
  - c. Impfkosten
  - d. Kosten für Dienstkleidung

Zu den Personalnebenkosten zählen beispielsweise der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, die Beiträge für die Zusatzversorgung, die Kosten für die Jahressonderzahlung oder die Kosten der Berufsausbildung.

Für die zwölf Ausbildungsplätze im Verwaltungs- und Kitabereich werden Kosten in der Finanzplanung 2027 (119.000 €), 2028 (278.000 €), 2029 (289.000 €) und 2030 (167.000 €) berücksichtigt.

Die Lohnkosten der gemäß Rettungsdienstbedarfsplan für die Stadt verpflichtenden vier Ausbildungsplätze im Rettungsdienst werden ebenfalls für 2027 (38.000 €), 2028 (101.000 €), 2029 (106.000 €) und 2030 (68.000 €) berücksichtigt.

Zusätzlich fallen für die Ausbildung zum/zur Notfallsanitäter/in Kosten für die theoretische Ausbildung an der Akademie für Aus- und Weiterbildung der Landesschule Nordrhein des DRK und die praktische Ausbildung im Krankenhaus an. Diese Kosten werden ebenfalls 2027 (27.000 €), 2028 (82.000 €), 2029 (82.000 €) und 2030 (54.000 €) berücksichtigt.

Die Kosten der Notfallsanitäterausbildung sind anerkannter Bestandteil der aktuellen Gebührenkalkulation für den Rettungsdienst.

**Leit- und strategische Ziele:**

Die Maßnahme dient dem Leitziel einer bürgernahen und effizienten Verwaltung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss stimmt der Einrichtung von **16 Ausbildungsstellen** wie in der Vorlage dargestellt zu. Die erforderlichen Finanzmittel werden im Haushalt 2027 ff. bereitgestellt.

Siegburg, 03.06.2026